Deutsche Allgemeine Zeitung

Nordeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Portozuschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4785, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 610. Donnerstag, 11. Dezember 1919. Abend-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Die Reise Clemenceaus.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 11. Dezember.

Zur Londoner Reise Clemenceaus erklärt das „Petit Journal", daß sie eine außerordentliche Tragweite besitze. Clemenceau werde in London mit Lloyd George und Scialoja die Probleme, die bisher noch nicht gelöst werden könnten, eingehend erörtern und womöglich regeln.

Zuerst handle es sich darum, die durch die Abreise der amerikanischen Delegation geschaffene neue Sachlage, die gerade einen Zusammenbruch des Werkes der Friedenskonferenz bedeute, und wie der „Petit Parisien" erklärt, ihr einen tödlichen Schlag beibringe, zu regeln.

Clemenceau beabsichtige, die Arbeitsweise der Konferenz mit Lloyd George eingehend zu erörtern und dafür einzutreten, daß auch fernerhin die Konferenz ihren Sitz in Paris behält. Ferner sollen Besprechungen über die Orientfrage, die Wiener und die russische Frage gepflogen werden. Desgleichen würden gewissermaßen auch über die finanziellen Folgen der Kursstürze Besprechungen stattfinden und ein entsprechender Beschluß gefaßt werden.

Das Inkrafttreten des Friedensvertrages würde, falls Deutschland auf die letzte Note eine befriedigende Antwort geben würde, durch die Reise Clemenceaus nicht verzögert werden, da dieser notigenfalls seine Reise sofort unterbrechen werde.

Auguste Gauvain bespricht im „Journal des Débats" die Londoner Reise Clemenceaus und sagt, die Liste der Beratungen sei ungeheuerlich. Um nützlich zu arbeiten, sei es deshalb von beiden Seiten notwendig, einige Grundgedanken nicht außer acht zu lassen.

Was Frankreich anbetreffe, so müsse man, wenn man dem englischen Nachbar dauernden Vertrauen einflößen wolle, in kategorischer Form die imperialistischen Doktrinen und Manöver verleugnen, die noch in einigen Gehirnen brüten könnten. Für das Londoner Kabinett sei aber auch der Augenblick gekommen, seine Politik für eine lange Zeitdauer festzulegen. Auch es habe einiges Interesse, seine Nachbarn zu beruhigen und sich nicht in abenteuerliche Verbindungen einzulassen. Vor dem Krieg hätten gute Engländer gesagt, ihr Land habe genügend überseeische Besitzungen, und es würde gefährlich für es sein, neue zu erwerben. Das sei jetzt noch wahrer. Die Deutschen würden den Augenblick abwarten, wo sich ein Riß in dem übergroßen Gebäude zeigen werde, um seinen Zusammensturz beherbeizuführen. Die Lehre, die aus dem Krieg gezogen werden müsse, sei die Unterstützung des Imperialismus. Die Sieger würden ihren Sieg mit eigenen Händen zerstören, wenn sie ihn ausnützten, um die Politik zu betreiben, die dem Besiegten so unheilvoll geworden sei.

Die „Humanité" spricht in einem Artikel über den neuen Abschnitt, in welchen die Friedenskonferenz eingetreten ist.

Man frage sich mit Recht, so heißt es darin, was von dem Werk von Versailles und Paris jetzt noch übrig bleibe. Die Friedenskonferenz habe mit Zusammenhanglosigkeiten begonnen, sei inmitten von Zweideutigkeiten und Mißverständnissen durchgeführt worden und ende jetzt in einem Chaos. Der Versailler Friede habe den deutschen Militarismus neu belebt. Der Friede von Saint Germain habe Mitteleuropa balkanisiert; durch die russische Blockade sei der Kontinent ausgehungert worden. Die türkische Frage werde zweifellos in dem auf den nächsten Krieg folgenden gesetzlichen Abschnitt geregelt werden. Die Abreise der amerikanischen Delegation sei wohl ein ebenso bedeutungsvolles Datum wie seinerzeit der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg.

Der „Temps", Deutschland und England.

Aus einem Genfer Telegramm vom 10. ds. Mts. in der „Voss. Ztg." ist zu entnehmen, daß sich der „Temps" erneut mit den Ausführungen beschäftigt, in denen die „Deutsche Allgemeine Zeitung" in den Leitaufsätzen ihrer Sonntagsnummern zu den Fragen der auswärtigen Politik und der internationalen Lage Stellung nimmt. Da der Artikel des Pariser Blattes noch nicht vorliegt, so kann eine Gegenäußerung nur mit allerhand Vorbehalt erfolgen; um so mehr als in der Gesamtheit, daß der „Temps" unsere Artikel für die Zwecke seiner Politik interpretiert haben könnte, die andere hinzukommt, daß der Berichterstatter der „Voss. Ztg." die französische Presse so zu lesen liebt, wie es in die bekannte Politik dieses Blattes paßt.

Immerhin scheint es richtig zu sein, daß der „Temps" behauptet, der letzte Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", der von den Forderungen des Zusatzprotokolls und der deutschen Weigerung, es zu unterschreiben, handelte, habe „den Haß im deutschen Volke auf Frankreich gelenkt", und es sei darin ein neuer deutscher Versuch zu erblicken, „England gegen Frankreich auszuspielen". Da dieser irrigen Meinung ist der „Temps" offenbar dadurch gekommen, daß in dem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", auf den er sich stützt, die Frage aufgeworfen wurde, ob an der Forderung der Auslieferung von 400 000 Tonnen Schiffsmaterial mehr England oder Frankreich interessiert sei, und daß diese Frage in ihrer katastrophale Forderung abzuändern, unterlucht wurde. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich die deutsche Politik und die deutsche öffentliche Meinung darüber Klarheit zu verschaffen suchen, mit wem sie es besonders zu tun haben, wenn Deutschland zugemutet wird, neue, ganz unerhört schwere Opfer zu bringen. Diese Frage ist nicht nur in der deutschen, sondern auch in der neutralen Presse erörtert worden, und der Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wies ausdrücklich auf die Feststellung der „Basler Nachrichten" hin, daß das englische Kriegsamt zurzeit Docks und anderes Schiffbaumaterial, wie es von Deutschland verlangt wird, zum Verkauf anbietet. Dies konnte gewiß nicht als Beweis dafür angesehen werden, daß gerade England auf die Auslieferung des Materials erpicht ist, das es als altes Eisen im Ausland verkauft, und man war daraus zu der Annahme berechtigt, daß das deutsche Anerbieten, über diese Forderung, die für Deutschland unerträglich schwer, für die Alliierten verhältnismäßig belanglos ist, in neue Verhandlungen einzutreten, von England nicht rundweg abgelehnt werden würde. Von Frankreich

Die Beratungen über Deutschlands Antwort.

Die unerfüllbare Ersatzforderung.

Im Reichskabinett wird intensiv an der Feststellung der Antwort auf die letzten Noten des Verbandes gearbeitet. In Verbindung hiermit wird die Beratung des ganzen strittigen Fragenkomplexes weitergeführt. Die deutsche Regierung ist mit allen Kräften bemüht, keine Verzögerung eintreten zu lassen, um jeden Anschein einer gewollten Verschleppung zu vermeiden. Noch wie vor muß aber daran festgehalten werden, daß die Verbandsforderungen in der Scapa Flow-Angelegenheit nicht erfüllbar sind, wollen wir uns nicht selbst unser Grab schaufeln. In den Kreisen des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten ist man der Meinung, daß in der Scapa Flow-Angelegenheit Versuche zu Verhandlungen gemacht worden müßten, um wenigstens zu einer befriedigenden Einigung vor der Ratifikation des Friedens zu kommen.

Die angekündigte Rede des Ministers des Aeußern, Hermann Müller, die heute in der Nationalversammlung gehalten werden sollte, ist, wie wir erfahren, bis nach der Fertigstellung der deutschen Antwort verschoben worden.

Lloyd George für Weiterverhandeln in London.

Drahtmeldung.

Paris, 10. Dezember.

Wie der „Intransigeant" meldet, wäre es nach Ansicht Lloyd Georges vorzuziehen, die noch notwendigen Friedensverhandlungen in London vorzunehmen. Die Engländer behaupten auch, daß der amerikanische Botschafter Wallace nicht plein pouvoir von seiner Regierung erhalten habe, so daß also der amerikanische Botschafter in London genau wie er fungieren könne. Außer dem Präsidenten der italienischen Friedensdelegation soll man auch den belgischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Paul Hymans an der Themse erwarten. Hauptsächlich werde man die russische Frage besprechen. Frankreich wolle jedoch jeden Kontakt mit den Bolschewisten vermeiden.

London, 11. Dezember. (Havas.) Der Kongreß der Gewerkschaften beschloß, von der Regierung die Zurückziehung von Truppen für die vom Kongreß nach Rußland zu entsendende Kommission zu verlangen, welche eine Untersuchung über die Lage anstellen soll.

Erklärung Krassins zum Vormarsch der Letten.

Königsberg, 11. Dezember. Die deutsche Legion hat Bolocki in einer Stärke von etwa 5000 Mann erreicht. Die Spitzen der Eisernen Division haben Bjauen, Gokski und Schaulen in Gesamtstärke von etwa 6000 Mann die deutsche Grenze überschritten. Die Bahnlinie bis Bolocki ist an die Litauer übergeben worden. Die Letten betreiben die Strecke Libau—Skadi.

General Niessel hat ausdrücklich zugesagt, daß die lettischen Truppen auch nach durchgeführter Räumung nach dem 13. Dezember die deutsche Grenze nirgends überschreiten würden.

(Siehe auch Seite 2.)

Die Entstehung der Verbandsnoten.

Eigene Drahtmeldung.

d. Lugano, 10. Dezember.

Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera" gibt ein Bild der politischen Stimmung in Paris, aus der heraus die beiden Noten der verbündeten Regierungen an Deutschland entstanden sind.

Danach wurde bei der Abfassung der Note vor allem auf die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches Rücksicht genommen, um nicht mittelbar die imperialistische Reaktion zu fördern und das demokratische Regime zu gefährden. Die in der Fassung des Protokolls vom 1. November enthaltene Klausel, wonach die Alliierten das Recht besitzen, im Falle der Nichterfüllung von Bestimmungen des Friedensvertrages mit Machtmitteln einzugreifen, beseitigte, nach dem Wortlaut angewendet, eine unbestimmte Verlängerung des Kriegszustandes. Diese deutschen Auffassung Rechnung tragend, kamen die Staatskämmer des Vierverbandes, immer dem „Corriere" folgte, überein, eine in der Form versöhnliche Note abzufassen und auf die Drohungen, von denen zuerst die Rede war, zu verzichten.

Mitbestimmend bei diesem Entschluß war offenbar auch die Erkenntnis der Vorteile, die sich aus der Arbeit der Kontrollausschüsse, besonders der Wiedergutmachungskommission, ergeben, Vorteile, welche aber durchaus von der Verwirklichung des Friedens abhängig sind. Die Abfassung und Ueberreichung der Note wurde dadurch verzögert, daß die endgültige Antwort der englischen Sachverständigen über die Entschädigung für die in Scapa Flow versenkten Schiffe noch nicht vorlag.

Die österreichischen Verhandlungen in Prag.

Kb. Wien, 10. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen dem 20. und 24. Dezember wird die deutsch-österreichische Regierung in Prag mit der tschechischen Regierung Wirtschaftsverhandlungen führen, deren Gestaltung wesentlich von dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen beeinflußt sein wird. Die Vorarbeiten für Prag sind im vollen Gange. Auch politische Fragen werden bei dieser Gelegenheit erörtert werden. Ein Donaubund wird nicht angestrebt. Zwischen den Nationalstaaten steht eine Vereinbarung über die Verlängerung des Privilegs der Oesterreichisch-ungarischen Bank bevor, das bekanntlich am 31. Dezember ablaufen sollte.

Rumäniens Unterschrift.

Paris, 10. Dezember. Heute nachmittag hat General Coanda, der Präsident der rumänischen Friedensdelegation, den österreichischen und bulgarischen Friedensvertrag unterzeichnet.

Gegen eine finanzielle Unterstützung Mitteleuropas.

Haag, 10. Dezember. „Nieuwe Courant" meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung eine finanzielle Unterstützung in Dollar zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage Mitteleuropas nicht für möglich hält, da die amerikanischen Kriegsgesetze nur Vorschüsse an die Verbündeten gestatten und die Regierung zögert, den Kongreß um eine Ausnahmeverfügung zu ersuchen.

Lebensbedingungen der Rheinlandfrage.

Von

Dr. Paul Wentzcke-Düsseldorf.

Als just vor Jahresfrist in einer rheinischen Großstadt zwei Redner über „Gefahren von Ost und West" sprachen, da fand nur die Schilderung der bolschewistischen Welle, die aus Rußland heranflutete, Beachtung. Gleichmütig saß hörte die tausendköpfige Menge von den Folgen, die der Waffenstillstand vor allem dem Rheinlande, der engeren Heimat, bringen werde. Heute ist die Stimmung in den Bruchmilöpfen des besetzten Gebietes bereits wesentlich anders. In banger Erwartung sehen auch wir den Dingen an der Ruhr den Alliierten entgegen, die für ein halbes Menschenalter die alten Bismarckplätze der preußischen Provinz, insbesondere Frankfurt und Düsseldorf, nunmehr zu Eingangspforten ihrer Willkür machen sollen. Das Gespenst der nahen Gefahr, das in der Not der Spätherbsttage 1918 so scharf und deutlich vom östlichen Himmel aufdroht, verblaßt vor dem unausweichlichen Druck, den Mainz und Köln auch auf die Nachbargebiete ausüben.

In der Tat bedeutet aus eine geistige Fortführung der durch den Weltkrieg entfesselten Weltrevolution, so liegen die Wurzeln der Rheinlandfrage tief im Boden des uralten Kampfplatzes zwischen Romanen und Germanen. Unter ähnlichen Voraussetzungen erneuern sich in anderer Fassung dieselben Ereignisse, die an die Weltgeschichte insbesondere des letzten Vierteljahrtausends in unser sicher Kette erfüllen und bestimmen. Nur ein geschichtlicher Rückblick auf diese Entwicklung vermag auch die Tat- und Leidenszeiten des Gedichtes unserer Tage zu klären.

Die politische Geschlossenheit des Rheinlands, das die Natur als Einheit geschaffen hat, war die Vorbedingung für die Blüte mittelalterlicher Kaiserherrlichkeit. Der Abfall der Schweiz schon brach am Ende des 15. Jahrhunderts aus dieser lückenlosen Folge ein westliches Stück heraus. Erst die Besetzung von Metz aber im Jahre 1552 gab den Spaniolen zum zweitenmal und damit zum Mittel- und Niederrhein in Frankreichs Hand, mit dem ein gleichzeitiger Vorstoß gegen Straßburg noch mißlang. Scharf und schneidend war dem anderen Regime die Rheinlandfrage gestellt. Ihre Lösung diente nahe, was bereits der Westfälische Frieden die Bistumsköpfe am Oberrhein, die folgenden Jahrzehnte auch Straßburg und damit die Zitadelle Süddeutschlands dem Westen überlieferten. Besatzungsrecht und Nachtasching der Reichsgesetze kündigten langsam auch in den neuen reichsfreien Gebieten den Anschluß an, während sich gleichzeitig moselund rheinwärts der Enmarsch zum Mittel- und Niederrhein vorbereitete.

Zermürbt und zerrissen von dreißigjähriger Kriegsnot, vernahmen damals schon Fürsten und Völker des „Reiches" nur zu gern die Lockungen vom Vollendung der Entwicklung, der dem Schutz gegen die Türken gelten sollte, die die französischen Treaten und Diplomaten durch die neuerschlossenen Eingangspforten vorzuschieben. An der Grenzscheide zwischen Nord- und Süd entschied wurde Mainz der Mittelpunkt und Vermittler dieser Anregungen. Gestützt auf die neue Freundschaft und innige Verbindung mit den Bourbonen, suchte der Erzkanzler des Reiches, der Mainzer Kurfürst selbst, die „Libertät" der Reichsstände auch gegen Kaiser und Reichsrecht durchzusetzen. Dynastische Autonomie im Rahmen und Verband des Deutschen Reiches wurde das Schlagwort dieser ersten Sonderbestrebungen, die unmittelbar durch den außenpolitischen Druck von Süden her aufgelöst wurden. Der heute fast vergessene Rheinbund von 1658, der ganz Süd- und Westdeutschland an Frankreich band, war ein erster Erfolg dieser Bemühungen, der allerdings nicht von Dauer war. Von innen heraus sträubte sich das erstarkende deutsche Nationalgefühl gegen diese Vasallenverfassung, sodaß man die ganze Hoheit der westlichen Provinzen kannte. Im Norden hat die staatliche Festmachung, die seit in der Hand der Hohenzollern blieb, auch dem mittleren Rheinlal Schutz vor doppelter Umklammerung. Das Königtum der Bourbonen selbst endlich erwies sich innerlich noch nicht stark genug, auch diese widerstrebenden Anglande für längere Zeit an sich zu ketten. Erst den Revolutionsheeren die seit 1789 die französische Ausdehnungspolitik in vollem Umfange wieder aufnahme, gelang das Wagnis, an dem die französischen Könige gescheitert waren.

Wieder berichtete eine tiefe Sehnsucht nach Frieden, die die Zeit der Auflärung gerade in den kleinen geistlichen und weltlichen Fürsten am Rhein nachgerissen hatte, die Aufnahme neuer Lockungen vor. Verlockender als zuvor traten jetzt die Ideen von 1789 die neue Lehre vom demokratischen Weltbürgertum aller Völker über Staatsform und die Pfalz nach Mainz, das aufs neue der Durchgangspunkt aller Werbungen wurde. Mit leichter Mühe brach nach so vielen Vorbereitungen das Kartenhaus der rheinischen Autonome und Libertät zusammen, als die Heere der Revolution ihren literarischen Sendoten folgten.

Auch jetzt wieder erhofften die fährenden Kreise der Rheinlande in einer „Autonomie" Schutz und Sicherheit vor dem doppelten Druck, den die siegenden Weltmächte immer stärker auf das große Zwischenland ausübten. Mit grünweißroten Zeichen wurde die zisrheinische Republik begründet. Nur zu bald aber erwachten sich gerade ihre Anhänger als edel und hinfällig. Mit brutaler Gewalt unterdrückte nach das Direktorium der ersten französischen Republik alle Versuche der Rheinländer, sich auch nach der Einverleibung in den westlichen Einheitsstaat einige Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu wahren. Was dann die französische Herrschaft den Rheinlanden selbst trotz aller Unterdrückung gab, was sie ihnen nahm das läßt sich hier nicht aufzählen. Bedeutsam aber ist, wie gerade die einbringenden Forschungen der letzten Zeit immer wieder darauf hinweisen, daß auch die besten Verwaltungsmaßregeln Napoleons und Handel der ausblühenden Rheinstädte insbesondere Kölns, nur künstlich zu einer gewissen Höhe und Blüte emporgetrieben konnten. Deutlich zeigte es sich, daß Wohl ahnt und Gedeihen der Provinzen vor allem des linken Rheinufers, sich nur verbinden mit dem rechtsrheinischen Volksgenossen sowie auf der politischen und wirtschaftlichen Freiheit des Rheinstroms beruhten. Nicht vor Befreiung von fremder Herrschaft, sondern vor allem auch Wiedervereinigung mit deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft bedeutete es daher als in den ersten Januartagen des Jahres 1814 die preußischen Heere den Niederrhein überschritten. Keiner hat die Volksgenossen freudiger begrüßt als eben der

---

basselbe Entgegenkommen zu erhoffen, ist solange nicht erlaubt, als keine Anzeichen dafür vorliegen, daß es sich von dem großen leitenden Prinzip seiner Politik entfernt, das die Verschärfung des Versailler Friedens durch neue Sicherungen fordert und das Mißtrauen gegen das neue Deutschland zur Grundlage aller Entschließungen macht. Der Sinn unserer Ausführungen war also der, daß wir von der Auslieferung der Docks wahrscheinlich nur dann befreit werden, wenn England so wenig Interesse an dieser Forderung hat, daß es dafür die neue Gefährdung des Friedens nicht in Kauf nehmen will. Daraus den Vorwurf gegen uns zu erheben, wir suchten England und Frankreich gegen einander auszuspielen, ist unberechtigt. Dieser Vorwurf hätte nur einen Sinn, wenn er sich gegen Versuche richtete, Gegensätze zwischen den Verbündeten zu schaffen; kurz, wenn es sich um eine deutsche Intrige handelte, die darauf berechnet wäre, gute Freunde zu verhetzen. Wo aber solche Gegensätze und Interessenverschiedenheiten anderer Mächte bestehen, muß es natürlich der deutschen Politik und der deutschen Presse unbenommen bleiben, sie zu kennen und mit ihnen zu rechnen. Wir würden es für sehr verhängnisvoll halten, wenn Deutschland seine auswärtige Politik im Prinzip auf der Illusion aufbauen würde, daß der Feindesbund sich jetzt oder über kurz oder lang lockern, daß es gelingen werde, mit einem oder mehreren der ehemaligen Gegner zu einer gemeinsamen Politik zu gelangen, die ein anderes Ziel als den Weltfrieden verfolgt. Aber dieses Grundprinzip der deutschen Politik, das ehrlich und zugleich klug ist, kann natürlich kein Hindernis dafür sein, die Gegensätze innerhalb unserer Interessen mit denen einer anderen meinsamkeiten unserer Interessen mit denen einer anderen Macht und Interessengegensätze zu erkennen und mit dieser Erkenntnis Politik zu machen. Sogar der „Temps", von dem wir allerhand gewöhnt sind, wird uns nicht zumuten, die Harmlosigkeit bis zu einem Maße zu treiben, das er selbst als Dummheit bezeichnen müßte.

Das Pariser Blatt macht in seinem Unmut gegen uns die immerhin interessante Feststellung, daß, wenn das Schiffsmaterial an die Alliierten abgeliefert wird, mehr als Zweidrittel den Engländern abgetreten werden müßte. Wir vermögen dieses Detail aus den geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und England natürlich nicht nachzuprüfen, es ist jedoch relativ belanglos, weil es höchstens bemeist, daß die bekannte englische Uneigennützigkeit nicht so weit geht, auf den Teutenteil an Dingen zu verzichten, die England im Ueberfluß besitzt. Erst wenn der „Temps" in der Lage sein wird, mitzuteilen, daß Frankreich aus eigenem Antrieb, veranlaßt von der Erkenntnis, daß man Deutschland nicht die Kompetenzsülle einer Arbeit wegnehmen darf, zum Verzicht auf das Schiffsmaterial sich entschlossen und seine Verbündeten dahin beraten hat, dann wollen wir bekennen, daß wir ihm unrecht getan und seine Hochherzigkeit gegen Deutschland zu lange verkannt haben. Die Versicherung des „Temps", daß Frankreich „von allen siegreichen Nationen aufs unmittelbarste interessiert ist an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung seiner deutschen Schuldner," wollen wir einstweilen als Abschlagszahlung gerne entgegennehmen, wenn wir uns auch bisher mit solchen billigen Münzen nicht viel kaufen konnten.

Noch ein Wort wäre an den „Temps" und zugleich an seinen deutschen Interpreten, die „Voss. Ztg." zu richten. Der Genfer Depesche des Berliner Blattes ist eine Bemerkung zugefügt, die offenbar von der Redaktion stammt, sie fordert die deutsche Regierung auf, über diese von dem „Temps" angeführten, der deutschen Oeffentlichkeit vorenthaltenen Tatsachen, Rechenschaft abzulegen. „Es ist nicht erfindlich, erstens warum die deutsche Regierung über etwas Rechenschaft ablegen soll, was sie nicht zu verantworten hat, und zweitens welche Tatsachen angeblich der deutschen Oeffentlichkeit vorenthalten wurden. Die Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", gegen die sich der „Temps" wendet, sind vom Autor mit Namn gezeichnet, und niemand kann für sie verantwortlich gemacht werden, als er selber. Wenn sie der „Temps" anders auffaßt, und seine Vorwürfe gegen die deutsche Regierung richtet, so ist dies bei einem ausländischen, noch dazu wenig freundlich gesinnten Blatte verständlich, weil es seiner Polemik mehr Gewicht gibt, wenn es sie, anstatt gegen einen Publizisten, gegen die amtlich verantwortlichen richtet. Warum aber eine deutsche Zeitung sich dieses zweifelhafte Vorrecht der fremden Presse zu eigen macht, bleibt ein Geheimnis dieser besonders feinen und verantwortungsbewußten Pressepolitik.

O. M.

Das Strafverfahren gegen Helfferich.

Oberstaatsanwalt Klauke teilt über das Strafverfahren gegen Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers mit, daß die Akten mit Anklage bereits am 9. Dezember der Strafkammer zur Beschlußfassung über die Eröffnung des Hauptver ahrens zugegangen sind. Die Hauptverhandlung dürfte voraussichtlich im Januar oder spätestens Anfang Februar stattfinden.